

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/fridays-for-future-ausbruch-angestauter-klima-angst-oder-beispiel-gekonnten-astroturfings-a2857164.html>

[Deutschland](#)

Fridays for Future:

Ausbruch angestauter Klima-Angst oder Beispiel gekonnten Astroturfings?

Von [Reinhard Werner](#)

15. April 2019

Aktualisiert: 16. April 2019 20:55

Vom Aufschrei einer jungen Generation, die Angst um ihre Zukunft hat, schreiben Medien im Zusammenhang mit der Bewegung „Fridays for Future“. Ein Blick hinter die Kulissen legt hingegen den Gedanken nahe, dass vielleicht nicht alles an den „Klimastreiks“ so spontan war, wie es den Anschein hat.



Greta Thunberg (C) am 29. März 2019 in Berlin. Foto: Sean Gallup/Getty Images

Mit dem Begriff „Astroturfing“ umschreibt die Kommunikationswissenschaft eine Vorgehensweise politischer Einflusssträger, die darauf ausgerichtet ist, mit hohem organisatorischem oder finanziellem Aufwand einen öffentlichen Konsens vorzutäuschen, der real nicht in dieser Form vorhanden ist. Das Wort leitet sich vom Namen eines US-amerikanischen Kunstrasenherstellers ab.

Gekonnt inszenierte Demonstrationen oder Aktionen, aber auch sogenannte Trollarmeen oder Protestkampagnen, die in weiterer Folge auf breite und wohlwollende mediale Unterstützung zählen können, gehören zu den standardmäßigen Vorgehensweisen, die Bestrebungen dieser Art mit sich bringen.

Von Leserbriefen im „Neuen Deutschland“ bis zu heutigen „Trollfabriken“

Oft stehen Regierungsstellen, Unternehmen oder NGOs hinter diesen Erscheinungen. Ihr Ziel ist es, gezielt die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ein älteres Beispiel für eine solche Astroturfing-Kampagne sind die Leserbriefe angeblicher Werktätiger im „Neuen Deutschland“ und anderen SED-Zeitungen, in denen scharfe Kritik an DDR-Bürgern geäußert worden war, die im Sommer 1989 massenhaft ihren Ungarn-Urlaub nutzten, um über die grüne Grenze in den Westen zu gelangen.

Ziel der Kampagne war es, der Bevölkerung in der DDR vorzuspiegeln, dass Berichte über eine Massenflucht in den Westmedien unzutreffend wären, stattdessen Menschenhändler nicht aus dem Urlaub zurückgekehrte Bürger verschleppt hätten und die Bevölkerung klar hinter der kommunistischen Führung stünde.

Auch die Volksrepublik China soll bereits seit Anfang der 2010er Jahre Nutzer sozialer Medien dafür bezahlt haben, Kommentare im Sinne der Regierung zu verfassen. Spätestens seit Beginn der Ukraine-Krise sind „russische Trollfarmen“ und ähnliche reale oder imaginäre Einrichtungen in aller Munde, die durch bezahlte wohlwollende Beiträge die Regierungspolitik des Kremls unterstützen sollen.

Nicht nur autoritäre oder totalitäre Staaten greifen jedoch auf solche Instrumente zurück, auch NGOs und Unternehmen setzen in vielen ihrer Aktionen auf eine „Shock-and-Awe“-Strategie, um durch – reale oder vorgespiegelte – Masse und massives Auftreten den Eindruck zu erwecken, eine breite Mehrheit der Bevölkerung zu verkörpern.

Vorgetäuschte Masse schwer zu beweisen

Das begann schon in den 1980er Jahren, als Amnesty International vorgedruckte Protestschreiben zum Unterschreiben aushändigte und diese dann einzeln an diplomatische Vertretungen versandte. Diese Unterschriften wurden unter anderem durch Kinder von Aktivisten in Schulklassen gesammelt. Die meisten unterschrieben aus Gefälligkeit oder um nicht als Außenseiter dazustehen, die wenigsten wussten tatsächlich, worum es ging – beim Empfänger ging hingegen nur eine Vielzahl an Schreiben ein, die den Eindruck erweckten, ein bestimmter Gefangener habe einen entsprechenden Rückhalt.

Auch einige Unterstützerseiten für den 2011 wegen Plagiatsvorwürfen unter Druck geratenen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg sollen künstlich „aufgemotzt“ worden sein durch gekaufte Likes oder gar Social Bots. Beweise dafür gab es nicht, es sprechen jedoch einige Indizien dafür, dass die Betreiber anhand dieser Sachfrage gezielt mit neuen Techniken zur Herstellung von Kampagnenfähigkeit experimentierten. Mittlerweile sind zum Teil fast drei Viertel der ursprünglichen Likes auf den entsprechenden Seiten wieder verschwunden.

Bis heute ist der Beweis, dass eine Kampagne oder eine Bewegung „astrogeturft“ ist, schwer zu führen. Vielfach wird mit Suggestionen oder Hypothesen gearbeitet – wobei auffällig ist, dass der Astroturfing-Vorwurf meist ausschließlich mit Blick auf Anliegen erhoben wird, die inhaltlich nicht der liberalen Konsenskultur in Politik und Mainstreammedien konform gehen. In allen anderen Fällen wird stillschweigend davon ausgegangen, dass es sich um reale, spontan entstandene und aus einem tiefen inneren Antrieb heraus in die Öffentlichkeit getretene Massenbewegung handelt.

So auch im Fall von „Fridays for Future“. Das inspirierende Beispiel der 15-jährigen Greta Thunberg, die es durch schicksalhafte Fügung in den Veranstaltungssaal des Klimagipfels von Kattowitz geschafft hatte, soll spontan in mehreren Städten Schüler auf die Idee gebracht haben, die Fesseln der Konvention abzustreifen und ohne Rücksicht auf mögliche Conse-

quenzen die profane Pflicht zum Schulbesuch gegen die höhere Pflicht zur Rettung des Planeten vor der menschengemachten Erderhitzung durch CO2 zu retten.

Nur eine Minderheit aller Schüler nimmt teil

Diese vermeintlich spontane Bewegung war jedoch von einer so alles erschütternden Urkraft, dass schnöde Bürokraten in Direktionen und Schulämtern sich nicht länger dem moralischen Imperativ verschließen mochten und gar nicht erst daran dachten, irgendwelche Sanktionen gegen die während der Unterrichtszeit „streikenden“ Schüler zu verhängen. Ganz anders übrigens als in Fällen, in denen Eltern ihre Kinder bei der Schulverweigerung unterstützten, weil es um Sexualekunde oder Moscheebesuche ging. Im Wiederholungsfall schaltete sich in solchen Fällen nicht selten auch das Jugendamt ein.

Dass Lehrer, Direktoren und Ämter die wiederholte gezielte Schulverweigerung eines Teils ihrer Schüler in diesem Fall aber offenbar durch die Bank widerspruchslos tolerieren, obwohl die übergroße Mehrheit der Schüler insgesamt regulär am Unterricht teilnimmt, lässt – unter Berücksichtigung des Umstandes, dass in vielen Fällen Lehrer die Anliegen der Bewegung ideologisch guthießen – nur zwei Schlüsse zu: Entweder die Bewegung ist tatsächlich so mächtig, dass es keine Autoritätsperson mehr wagt, sich ihr entgegenzustellen. Oder sie ist eine Bewegung, die von den Mächtigen selbst ausgeht.

Die These vom breiten gesellschaftlichen Konsens kann für sich verbuchen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung ebenso wie Medien und Kirchen tatsächlich dem Narrativ vom „menschengemachten“ Klimawandel anhängt oder ihn zumindest nicht offen in Zweifel zieht. Inwieweit unausgewogene und einseitige Information und das Gesetz der Schweigespirale dabei zum Tragen kommen, sei dahingestellt: Eine Mehrheit glaubt der These.

Viele kennen keinen Grünen-Wähler persönlich

Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Mehrheit auch tatsächlich bereit ist, die Konsequenzen dieser Überzeugung zu tragen, insbesondere nicht in der Form, wie „Fridays for Future“ dies fordert. In Kommentarspalten sozialer Medien ist zum Teil erhebliche Kritik an der Bewegung zu bemerken, auch gibt es nicht wenige Menschen im täglichen Leben und in den sozialen Medien, die angeben, selbst niemanden zu kennen, der die Grünen wählen würde, und Gleiches auch von Bekannten gehört zu haben.

Mögen Sie unsere Artikel?

Unterstützen Sie EPOCH TIMES

[HIER SPENDEN](#)

Ähnlich wenig Begeisterung ist abseits des in der Großstadt lebenden, gut situierten Bildungsbürger- und Beamtenmilieus zu verzeichnen, wenn es um den Umstand geht, dass eine Erfüllung der Forderungen von „Fridays for Future“ zu erheblichen Einbußen im Lebensstandard weniger gut verdienender Bürger führen würde.

Vor diesem Hintergrund liegt jedoch der Schluss nahe, dass der Konsens hinsichtlich der Forderungen von „Fridays für Future“ deutlich weniger breit und weniger authentisch sein könnte, als die Schlagzeilen über die „Bewegung, die die Welt verändert“ es suggeriert. Dass vonseiten der Politik – außer von der Rechten und einigen wenigen Wirtschaftsliberalen – ausschließlich Rückendeckung für „Fridays for Future“ kommt, Barack Obama und der Papst Repräsentanten davon empfangen und es sogar einen Finanzministertreffen gibt, der das Thema einer CO2-Steuer behandelt, legt den Gedanken nahe, dass diese vom Auftreten der Bewegung weder überrascht noch übermäßig überrumpelt zu sein scheint.

Von null auf Papstbesuch in sechs Monaten?

Daran ändert es auch wenig, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel noch zu Beginn laut den Gedanken geäußert hatte, Russland könnte hinter „Fridays for Future“ stehen. Sie hat schnell eine jähe 180-Grad-Wende vollzogen, mehrfach das Engagement der Schüler gewürdigt und sich mittlerweile mit ihrer Aussage, über eine CO2-Steuer nachzudenken, sogar gleichsam an die Spitze der Bewegung gesetzt.

Unterdessen häufen sich die Hinweise, wonach „Fridays for Future“ mitnichten eine spontane Eruption überschäumender Sorge vonseiten verängstigter Schüler darstelle, die glauben, auf Grund des wachsenden CO2-Ausstoßes ihr Rentenalter nicht mehr erleben zu werden. Schon mit Blick auf Greta Thunberg selbst war bekannt geworden, dass die radikal-ökologische NGO „Extinction Rebellion“ und deren PR-Profi Bo Thorén sie gezielt als Werbetestimonial in Szene zu setzen versuchten, um Gründungskapital für das Unternehmen „We don't have time“ zu sammeln. Nun haben Blogger auch in Deutschland [Hinweise](#) darauf gefunden, dass mächtige NGOs, Stiftungen, die Bundesregierung und andere politische Akteure selbst enge Verbindungen zu „Fridays for Future“ aufweisen.

Unter anderem ein Wechsel im Impressum der offiziellen Webseite von „Fridays for Future“ hat Fragen aufgeworfen. Am „Lorentzendamm 8, 24103 Kiel“, wo die Verantwortliche Ronja Thein residieren soll, befindet sich keine Privatadresse, sondern die „Alte Mu“, das ehemalige Gelände der Muthesius-Kunsthochschule, wo Land Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt Kiel 28 sogenannten „Projekten“ preiswert Räumlichkeiten vermieten.

Klimastreiks schon 2015 geplant

Neben anderen weit linken und ökosozialistischen Projekten wie der BUND-Jugend oder dem „Kieler Tretwerk“ lud dort auch das „Fahrrad Kino Kombinat“ zu einer Veranstaltung über „Extinction Rebellion“.

Diese Gruppierung hatte zwar Greta Thunberg als Maskottchen für das Fundraising von „We don't have time“ entdeckt, den „Klimastreik“ erfunden hat jedoch der „Youth Summit“, der 2015 in Tutzing stattfand. Auf der Seite der Initiatoren dieses „Gipfels“, der [Gruppe](#) „Plant for the Planet“, heißt es:

Die Idee zu einem weltweiten Streik wurde beim Youth Summit im Mai 2015 geboren. Seitdem habe Botschafter für Klimagerechtigkeit, Gruppen und Schulen Aktionen geplant und über die Webseite [climatestrike.net](#) registriert.“

Die Gruppe „Plant for the Planet“, deren vorgebliches Ziel es ist, „Bäume für eine bessere Welt“ zu pflanzen, verfügt ihrerseits über weitere interessante Verbindungen. Im „Core Team“ der Seite „Climatestrike“ findet sich eine Sarah Hadj Ammar, die trotz ihres zarten Alters von nur 18 Jahren bereits seit fünf Jahren „Botschafterin“ von „Plant for the Planet“ sein soll.

Der lange Arm des „Club of Rome“

Diese weist als vertretungsberechtigten Vorstand einen Frithjof Finkbeiner aus dem idyllischen Uffing am Staffelsee aus, der nicht nur Unternehmer, Mitgründer der Global Marshall Plan Foundation und der Global Contract Foundation, sondern auch Chef des Aufsichtsrates der Desertec Foundation ist – und Vizepräsident der Deutschen Vereinigung des Club of Rome.

Dieser hatte in den 1970er Jahren unter anderem eine weltweite Massenkatastrophe durch eine angebliche „Überbevölkerung“ sowie das Versiegen folgender Rohstoffe prognostiziert: Aluminium (sollte bis 2003 zur Neige gehen), Kupfer (bis 1993), Gold (bis 1981), Blei (bis

1993), Quecksilber (bis 1985), Molybdän (bis 2006), Erdgas (bis 1994), Öl (bis 1992), Silber (bis 1985), Wolfram (bis 2000) und Zink (bis 1990). Mangan sollte dem Club of Rome zufolge bis 2018 verschwinden, 2019 die Metalle der Platingruppe.

Zwar haben es die alarmistischen Warnungen, wie man heute weiß, etwas an Präzision vermissen lassen. Für Regierungen wie die der Volksrepublik China und solche, die an entsprechenden Programmen des UN-Weltbevölkerungsfonds teilnahmen, reichten sie jedoch aus, um rigide staatliche Geburtenkontrollprogramme in die Wege zu leiten, die auch vor Zwangsabtreibungen oder Zwangssterilisationen nicht zurückschreckten.

Partnerliste gelöscht

Eine Seite, die Partner von „Plant for the Planet“ benannt hat, ist mittlerweile aus dem Netz verschwunden. Ein Blogger hat jedoch einen [Archivbeitrag](#) gefunden. Darin werden bekannte Namen genannt wie das United Nations Environment Programme (UNEP), die AVINA Stiftung, der Senfhersteller Develey, Toyota, der Global Marshall Plan und als „inhaltliche Partner“ die Deutsche Gesellschaft Club of Rome, der BUND für Umwelt und Naturschutz und das FWU Institut für Film und Bild.

Der anonyme [Blogger](#), der sein Projekt nur ironisch „Die Hassrede“ nennt, legt auch Bezüge zwischen prominenten Repräsentanten von „Fridays for Future“, der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) offen, welches gleichzeitig die Fachaufsicht über das GIZ hat. Einige der Führungskader der angeblich spontanen Schülerdemos haben öffentlichkeitswirksam mit Minister Peter Altmaier posiert oder an Seminaren der GIZ an fernen Orten teilgenommen, die nicht mit dem Fahrrad zu erreichen sind.

Wie bereits oben erwähnt, lässt sich höchst selten ein unwiderlegbarer Beweis dahingehend führen, dass eine angebliche Massenbewegung „astrogeturft“ ist. Im Fall von „Fridays for Future“ deutet jedoch sehr viel darauf hin, dass mächtige, reiche, ideologisch motivierte und schon seit Längerem vernetzte elitäre Überzeugungstäter sich ein neues Spielzeug gesucht haben.